

LEITARTIKEL



von
Reinhard
Göweil

Verhaltensauffällig

Bei der schulischen Ausbildung behinderter Kinder sollen Familien im Burgenland künftig mehr bezahlen, Landeshilfe werde gestrichen, heißt es. Der Behindertenverband ÖZIV tobt, das sei eine zusätzliche finanzielle Bürde für ohnehin schon belastete Familien. Der burgenländische Sozial-Landesrat Norbert Darabos (SPÖ), früher Verteidigungsminister, sagt, dies sei nötig, weil 57 Prozent der Mittel für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten aufgewendet würden. Diese würden aber keine „Eingliederungshilfe“ benötigen, sondern „pädagogisch ausgebildetes Personal“. Abgesehen von der Kleinigkeit, dass die Schulen im Burgenland voll davon sein müssten, beinhaltet dieser Vorschlag enormes Potenzial. So könnte etwa verhaltensauffälligen Politikern die Gage gekürzt werden. Im Nationalrat und in den Landtagen wäre dies locker umzusetzen. Denn sie würden ja keine „Eingliederungshilfe“ benötigen, sondern bloß einen pädagogisch geschulten Klubobmann.

Verhaltensauffällige Regierungsmitglieder in Bund und Ländern sollten in der Gehaltspyramide ebenfalls nach unten rutschen, sie würden ja bloß einen pädagogisch geschulten Kanzler/Vizekanzler/Landeshauptmann benötigen. Im Burgenland könnte das getestet werden, der dortige Landeshauptmann ist ja eigentlich Lehrer und daher eindeutig pädagogisch geschult.

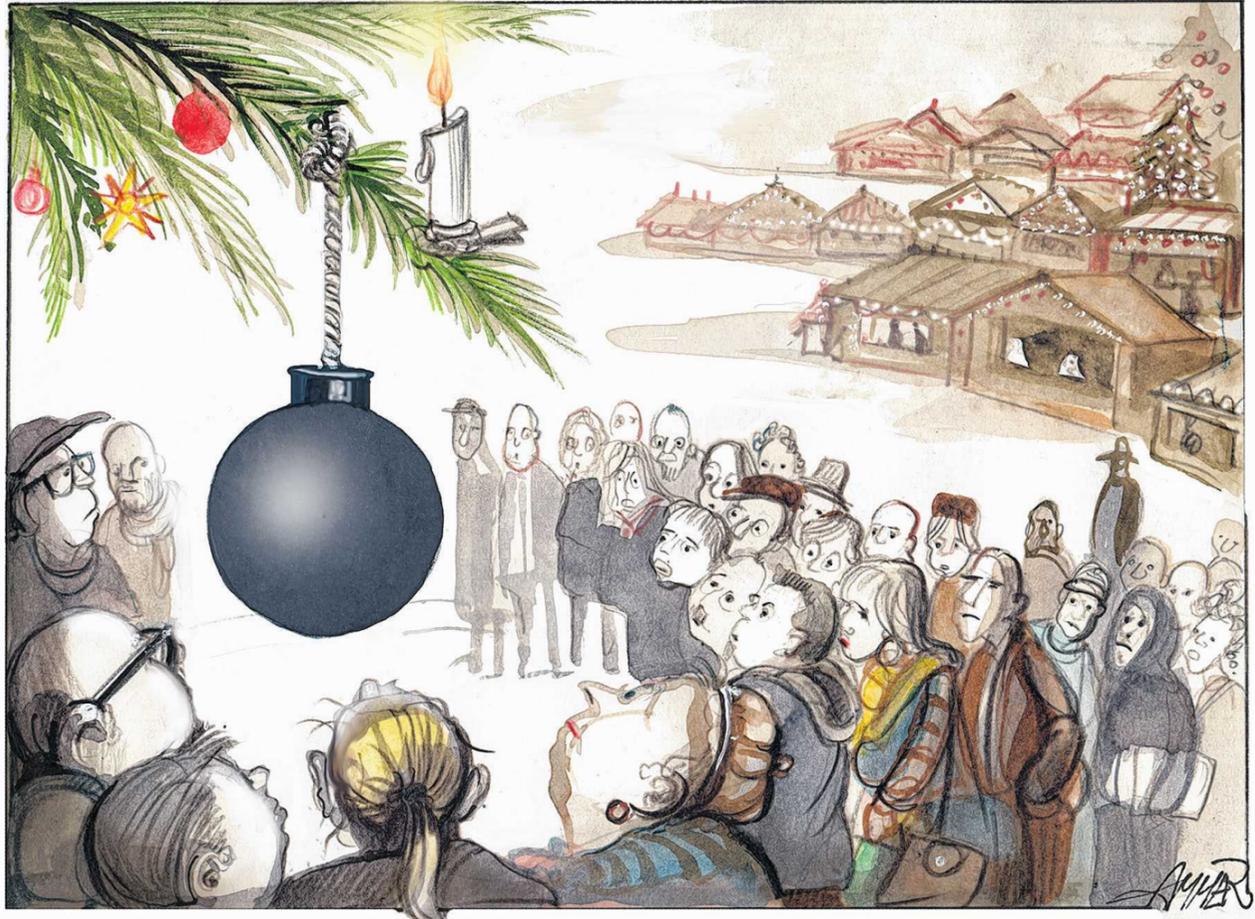
Um nun zweifelsfrei festzustellen, wer verhaltensauffällig ist, genügt ein Blick in den ORF oder auf die Livestreams der Bundesländerseiten im Netz. Da werden die jeweiligen Nationalrats- und Landtagssitzungen übertragen. Das Publikum könnte entscheiden, welchem Politiker die Gage wegen Verhaltensauffälligkeit abgeräumt wird. Es wäre ein Triumph der direkten Demokratie (seltsam, dass von den Freiheitlichen dazu noch nie was zu hören war).

Die etwa 44.000 bezahlten Politiker in Österreich kosten – auf Basis einer Studie aus dem Jahr 2011 – derzeit etwa 320 Millionen Euro. Nun fällt vermutlich jedem Bürger auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene auf Anhieb ein Politiker ein, der sich verhaltensauffällig benimmt. Allein daran ist zu erkennen, welches Einsparungspotenzial dies birgt.

Darabos ist ein Genie. Denn das damit gesparte Geld könnte beispielsweise problemlos in die schulische Integration behinderter Kinder investiert werden. Oder zur Einstellung von pädagogisch geschultem Personal in der Politik.

leitartikel@wienerzeitung.at

Besinnlich?



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Wolfgang Ammer

ZITATE ZUM TAG

„Man muss keine Angst haben. Das wäre ja jetzt fatal, wenn man sich zu Hause einschließt und nicht mehr rausgeht. Es ist aber richtig, dass wir auch darauf aufmerksam machen, dass wir eine angespannte Situation haben, dass man wachsam sein sollte.“

Bürgermeister Michael Müller (SPD) nach dem Anschlag in Berlin

„Gerade das, was wir aus Bayern hören, das ist in dieser Situation wirklich unanständig.“

Derselbe

„Wir sind es den Opfern, den Betroffenen und der gesamten Bevölkerung schuldig, dass wir unsere gesamte Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik überdenken und neu justieren.“

Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer

„Das ist eine sehr mutige Entscheidung, weil sie nicht auf der Hand lag. Bogdan Roščić wirkt höchst ambitioniert und ist in seinem Denken nicht provinziell. Das ist ein echter Macher.“

Dirigent Franz Welser-Möst, früherer Generalmusikdirektor der Staatsoper, über deren künftigen Direktor

„Die Oper wird seit 1945 permanent totgesagt. Sie hat Bedeutung verloren. Sie steht in Konkurrenz, wie es sie noch nie gegeben hat – um die Zeit und das Geld ihres Publikums. Oper kann nicht mehr hoffen, vor lauter Prestige den Vergleich nicht eingehen zu müssen. Sie steht unter Druck. Es ist die größte Materialschlacht der Kulturwelt.“

Bogdan Roščić über die Lage der Oper

„Das ist eine Entwürdigung der Wiener Staatsoper. Jetzt werden wir erleben, wie ‚Taxi Orange‘ und ähnliche Elemente in

der Wiener Staatsoper Einzug halten. Vielleicht sitzt Roščić demnächst auch noch als Juror in einer Opern-Starmania.“

FPÖ-Kultursprecher Walter Rosenkranz in Anspielung auf Roščićs ORF-Vergangenheit

„Ich kenne Bogdan Roščić noch aus dem ORF. Er hat schon dort bewiesen, dass er einer der kreativen Köpfe der Kulturbranche ist. Mit ihm kommt frischer Wind in die Staatsoper.“

Grünen-Kultursprecher Wolfgang Zinggl

„Unabhängig von der Lösung, die man finden wird, bin ich sicher, dass Italien nach Weihnachten stärkere Banken haben wird. Regierung, Medien, Bankensystem: Jeder kann einen Beitrag leisten, und das ist ein Schlüsselfaktor für den Neustart Italiens.“

UniCredit-Chef Jean-Pierre Mustier

GASTKOMMENTAR

Donald Trump und die Verteidigung der imperialen Lebensweise

Politischen und ökonomischen Eliten fällt kaum mehr ein, als autoritär zu agieren und Konsequenzen ihres Handelns auf die Gesellschaft abzuwälzen.

Von Ulrich Brand

Trotz vieler Proteste wurde Donald Trump vom Wahlgremium zum nächsten Präsidenten der USA gewählt. In ihm drückt sich die tiefe Krise der neoliberalen Globalisierung aus. Diese beginnt bereits 2008. Den politischen und ökonomischen Eliten fällt seither kaum mehr ein, als autoritär zu agieren. Sie versuchen insbesondere, die negativen Konsequenzen ihres Handelns auf die Gesellschaft abzuwälzen. Am deutlichsten wurde das im Zuge der Bankenrettungen, als die Vermögenden geschont wurden. Der Staat hat Schulden und Risiken übernommen und muss nun Einschnitte im sozialen Netz vornehmen. Trumps Wahlsieg, der Brexit und das Erstarken rechtsextremer Parteien sind nur der deutlichste Ausdruck, dass die neoliberale Globalisierung

ihre Versprechen von mehr Wohlstand für alle – oder zumindest für viele – nicht erfüllt. Doch wir sollten in der Krise der Globalisierung diese nicht schönreden. Das Versprechen nach mehr Wohlstand ist nur kurzzeitig aufgegangen: Etwa in der Vorstellung vieler US-Bürger, ihre kreditfinanzierten Häuschen wären wirklich viel wert – bis zum Platzen der Hypothekenblase 2007/2008. Die liberale Globalisierung der vergangenen 30 Jahre bestand im Kern darin, die imperiale Produktions- und Lebensweise in den Industriestaaten zu vertiefen. Abbau von Zöllen, Liberalisierung der Finanzmärkte, Produktionsverlagerung und Veränderung internationaler Arbeitsteilung bedeuteten auch einen intensiveren Zugriff auf die billige Arbeitskraft in anderen Ländern und die natürlichen Ressourcen der Welt. Und mit dem



Ulrich Brand ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, das den Kongress „Gutes Leben für alle“ von 9. bis 11. Jänner 2017 an der Wirtschaftsuniversität Wien mitveranstaltet.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

Aufstieg der Schwellenländer haben deren Ober- und rasch wachsenden Mittelschichten diese Lebensweise übernommen.

Das westliche Produktions- und Konsummodell soll verallgemeinert werden – das verschafft dem Kapitalismus eine unglaubliche Dynamik. Es beinhaltet für die Bevölkerung und selbst für die vom Abstieg bedrohten Menschen einen materiellen Kern: In anderen Ländern unter schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen hergestellte Produkte sichern einen gewissen Wohlstand. Auch der künftige US-Präsident wird das, aller Rhetorik zum Trotz, nicht zurückdrehen. Er wird ein paar Leuchtturmprojekte schaffen, um zu zeigen, dass sich im „Rust Belt“ wieder Industrie ansiedelt. Apple wird aber nicht mehr in den USA produzieren, sondern weiterhin unter sozial und ökolo-

gisch fragwürdigen Bedingungen in anderen Weltregionen.

Wir wissen: Die imperiale Lebensweise ist aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen nicht verallgemeinerbar. Sie wird künftig zu weiteren Krisen und mehr Ausschluss führen, zu stärkerem Klimawandel und ökologischer Zerstörung. Gleichzeitig wird sie autoritär durch den Brexit, Angela Merkel und Donald Trump, aber auch durch die Regierungen der Schwellenländer verteidigt.

Eine solidarische Lebensweise, die auf einem gerechten, friedlichen und ökologisch umsichtigen Miteinander basiert, entsteht politisch, wirtschaftlich und kulturell derzeit eher in Nischen, durch soziale Experimente und im Ringen um ein Verständnis von sozial-ökologischem Wohlstand jenseits von „Wachstum, Wachstum, Wachstum“.